

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg
Dezernat I, Archiv
Dezernat III, Kulturamt

"Stolpersteine"
**Gedenksteine zur Erinnerung an die Opfer
des NS-Regimes**

Informationsvorlage

Beschlusslauf!
Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Kulturausschuss	06.12.2005	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Bauausschuss	24.01.2006	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Haupt- und Finanzausschuss	01.02.2006	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Gemeinderat	16.02.2006	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

Inhalt der Information:

Der Kulturausschuss, der Bauausschuss, der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen die Information zur Kenntnis.

Sitzung des Kulturausschusses vom 06.12.2005

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Bauausschusses vom 24.01.2006

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 01.02.2006

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Gemeinderates vom 16.02.2006

Ergebnis: Kenntnis genommen

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Unmittelbar betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: Ziel/e:
(Codierung)

SL 1 Einzigartigkeit der Stadt sowie historisches Erbe bewahren

Begründung:

Identifikation mit der Stadt und ihrer Geschichte, Bekenntnis zur Verantwortung

Ziel/e:

SOZ 2 Diskriminierung und Gewalt vorbeugen

SOZ 3 Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern

Begründung:

Bekenntnis auch zu Gruppen der Gesellschaft, denen Unrecht widerfahren ist

Ziel/e:

KU 1 Kommunikation und Begegnung fördern

KU 5 Kulturelles Leben in den Stadtteilen fördern

Begründung:

Anstoß zur Auseinandersetzung mit der Geschichte der Stadt

2. Mittelbar betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes im Sinne eines fachübergreifenden Ansatzes

Nummer/n: Ziel/e:
(Codierung)

(keine)

Begründung:

(keine)

Begründung:

Zur Erinnerung an die ehemalige jüdische Gemeinde und ihre Synagoge wurde 2001 der Synagogenplatz neu gestaltet. Die Umrisslinie der 1938 geplünderten und in Brand gesetzten Synagoge wurden im Pflaster sichtbar gemacht. Die Stelle des Thora-Schreins wird durch einen Gedenkstein markiert.

Unter dem Stichwort „Es ist nicht vergessen“ initiierte die „Initiative Synagogenplatz“ in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit 2003 einen Spendenaufruf für eine Gedenktafel auf dem Synagogenplatz. Dank der großen Spendenbereitschaft (37.000 €) von Privatpersonen und Firmen konnte das Projekt realisiert werden. Am 9.11.2004 wurde die Tafel mit den Namen aller ausgewiesenen, deportierten und ermordeten jüdischen Bürgerinnen und Bürger Heidelbergs (rund 400 Personen) enthüllt. Mit Blick auf die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus besteht somit bereits ein zentraler Erinnerungsort in Heidelberg.

Die nunmehr auch für Heidelberg angeregten „Stolpersteine“ sind ein Projekt des Künstlers Günter Demnig. Mit diesen Mahnmalen erinnert er an das Schicksal von Menschen, die in der NS-Zeit verfolgt, deportiert und ermordet wurden („Juden, Zigeuner, politisch Verfolgte, Homosexuelle, Zeugen Jehovas, Euthanasieopfer“).

Die 10x10 cm großen Quader werden von Demnig gefertigt und auf der Oberseite mit einer Messingplatte abgeschlossen. Diese Platte wird mit dem Schriftzug „Hier wohnte“, dem Namen, dem Geburtsjahr sowie dem Datum der Deportation oder des Todes versehen. Der Künstler persönlich verlegt die Steine niveaugleich in den Bürgersteig oder in die Straße vor der Haustür der letzten Wohnung des NS-Opfers.



Seit 1995 hat Günter Demnig in über 90 deutschen Städten bereits rund 5.500 Steine gesetzt. Nach den vorliegenden Informationen (siehe www.stolpersteine.com) aus einigen Städten ist die Zahl der verlegten Steine sehr unterschiedlich. In Hamburg wurde im Jahr 2005 der 1000. Stein verlegt, in Offenburg sind es bisher 48 Steine. Die Stadt München hat sich allerdings frühzeitig, die Stadt Krefeld vor kurzem gegen die Verlegung von Stolpersteinen ausgesprochen. Für die Erstellung und das Verlegen der Steine entstehen Kosten von je 95, 00 €, dazu kommen Spesen für Herrn Demnig. Die Finanzierung der Steine erfolgt in der Regel durch Spenden von Privatpersonen („Patenschaft“).

Die Anbringung von „Stolpersteinen“ setzt voraus, dass es eine historische Erforschung der Deportationen und anderer Gewaltakte der Naziherrschaft gibt. Diese Voraussetzung ist in Heidelberg für die jüdische Bevölkerung und für die Opfer der „Euthanasie“-Opfer gegeben, für die übrigen Opfergruppen, Sinti und Roma, politisch Verfolgte, Homosexuelle, dagegen erst in Ansätzen. Die Argumentation konzentriert sich daher im folgenden auf die Erinnerung an die Deportationen der jüdischen Bevölkerung in den Jahren 1937 bis 1945.

Die „Stolpersteine“ sind als Zeichen der Erinnerung einfach zu handhaben; sie sind aber auch als ästhetisch problematisch einzustufen. Der Genehmigungsaufwand ist gering, da sie durchweg auf öffentlichen Flächen gesetzt werden und sich die Einholung der Zustimmung privater Hauseigentümer sowie denkmalrechtliche Genehmigungen erübrigen. Das Konzept der „Stolpersteine“ muss sich allerdings mit vier grundsätzlichen Einwänden auseinandersetzen:

- a) Kritisiert wird die Position der Stolpersteine am Boden, wo sie den Schritten der Passanten und der Verunreinigung ausgesetzt sind.
- b) Jedes System von Gedenkzeichen bedarf ständiger Begleitung. Einfach nur „Stolpersteine“ zu setzen und darüber einmalig zu berichten, reicht daher nicht aus. Es bedarf ergänzender Aktionen wie Publikationen, Ausstellungen und Stadtführungen, um die Erinnerung wach zu halten. Dabei sind bürgerschaftliche Strukturen – durch Vereine oder Patenschaften – administrativen Verantwortlichkeiten vorzuziehen.
- c) Da die „Stolpersteine“ ihren Bezugspunkt bei den jeweils letzten Wohnungen der betroffenen Personen nehmen, würde sich in Städten wie Heidelberg ein verzerrtes Bild ergeben. 1939/40 wurden in Vorbereitung der späteren Deportationen viele jüdische Familien in sog. Judenhäusern konzentriert, z.B. in der Landfriedstraße 14. Eine Konzentration von „Stolpersteinen“ vor einem solchen Haus würde eine Gettosituation markieren, die erst durch administrative Gewalt geschaffen wurde und dem vor der Zeit des Nationalsozialismus erreichten hohen Ausmaß an Integration widerspricht.
- d) In Städten, die seit langem die Erinnerung an die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus wach gehalten haben, ist darauf zu achten, dass die einzelnen Elemente der Gedächtniskultur zueinander passen. Seit es die neue Gedenktafel mit den Namen aller aus Heidelberg deportierten Juden gibt, sind zusätzliche Stolpersteine, jedenfalls in der Altstadt, nur schwer vorstellbar. An Orten allerdings, die bislang keine entwickelte Erinnerungskultur hatten, konnten die Aktionen von Günter Demnig wichtige Zeichen setzen und neue Diskussionen auslösen.

In Abwägung der vorgetragenen Argumente hat die Verwaltung gegenüber dem Bürger, der mit der „Stolperstein“-Idee an die Stadt herangetreten ist, vorgeschlagen, dieses Projekt in Rohrbach umzusetzen. Dort liegen wesentliche Voraussetzungen vor: In Rohrbach gab es bis 1938/40 eine jüdische Gemeinde, an zentraler Stelle erinnert zwar ein Gedenkstein an die 1938 zerstörte Synagoge, auf die Namen der Deportierten und Ermordeten gibt es aber noch keine hinweisende Zeichen, und die Schicksale der jüdischen Bevölkerung von Rohrbach sind erforscht.¹ Als weitere Voraussetzung für eine integrierte „Stolpersteine“-Aktion in Rohrbach gibt es Vereine, die begleitende Aktivitäten entfalten können.

Nachdem allerdings der Schriftwechsel und die Gespräche mit dem „Stolperstein“-Initiator bislang zu keinem umsetzbaren Ergebnis geführt haben, ist es sinnvoll, dass die Verwaltung sich fachlich beraten lässt und alle Einrichtungen und forschende Einzelpersonen, die sich in Heidelberg mit der Erinnerung an die Verbrechen der Zeit des Nationalsozialismus befassen, an einen Tisch holt. Diese Fachkonferenz „Erinnerung“ ist für den Zeitraum Januar/Februar 2006 vorgesehen. Einzuladen sind die Jüdische Kultusgemeinde, das Dokumentationszentrum deutscher Sinti und Roma, die Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, die Universität, die Untere Denkmalbehörde, Stadtarchiv, Kulturstadtamt und andere. Über das Ergebnis werden Gemeinderat und Öffentlichkeit im Anschluss informiert.

gez.

Beate Weber

¹ Claudia Rink: Jüdisches Leben in Rohrbach, Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 2003/04, S. 63-87.